

15/8914

Die Gewerkschaften und die Arbeitslosigkeit.

Konferenz der gewerkschaftlichen Zentralverbände.

Im Parteihause traten gestern die Vertreter der Zentralverbände zu einer neuerlichen Beratung über die Maßnahmen zusammen, die gegen die durch den Krieg verursachte Arbeitslosigkeit zu unternehmen wären.

Auf der Tagesordnung standen folgende zwei Punkte: 1. Verhinderung der Stilllegung von Betrieben; 2. Situationsberichte.

Den Bericht über den ersten Punkt erstattete **Hueber**, der zunächst auf die von den verschiedenen öffentlichen Körperschaften geplanten Maßnahmen hinwies. Die verschiedenen Comités, die da eingesetzt wurden, arbeiten bisher jedes unabhängig voneinander. Diese Tätigkeiten in ein System zu bringen und sie an einem Punkte zu konzentrieren, wird die wichtigste Aufgabe sein. Wir wieder müssen auf alle diese Stellen organisatorisch einen Druck ausüben versuchen, indem wir ihnen ein Bild der Notlage geben, in die die Arbeiterschaft durch die fortschreitende Stilllegung der Betriebe geraten ist, indem wir ihnen zeigen, daß neben den Eingekerkerten und ihren Familien ein großes Heer von Arbeitslosen da ist, das über kurz oder lang dem Hunger preisgegeben sein wird. Weiter müssen wir auch die Klagen unserer Gewerkschaften zur Kenntnis bringen, daß neben vielen durch den Kriegszustand begründeten Betriebseinstellungen auch unbegründete, ja frivole Einstellungen erfolgt sind, und es wird auch den Industriellen selbst daran gelegen sein müssen, hier Klarheit zu erlangen. Die Unternehmer verweisen darauf, daß ihnen durch das Moratorium der Kredit unterbunden wurde, daß sie durch die Unmöglichkeit des Transports weder Rohprodukte noch Halbfabrikate erhalten können und daß dadurch die Einstellung der Betriebe hervorgerufen wird. Aber unsere Gewerkschaften führen darüber Beschwerde, daß auch über das durch diese Umstände begründete Maß Betriebseinstellungen erfolgt sind, die sich auch nicht allein durch die Panik erklären lassen, die in den ersten Tagen entstanden ist, dadurch, daß viele Unternehmer den Kopf verloren haben, sondern vielfach auch dem Mangel jeglicher Organisation des Wirtschaftsgebietes, ja frivoler Spekulation zuzuschreiben sind. Es läßt sich ja nicht leugnen, daß vielfach die Panik auch unten, nämlich bei unseren Leuten eingetreten ist. Deshalb haben sich die Gewerkschaften, die Partei und die Krankenkassen geeinigt, ein gemeinsames Permanenzcomité einzusetzen, das gemeinsam eine Aktion einleiten will, um auf alle maßgebenden Faktoren einzuwirken, damit eine Verminderung der großen Arbeitslosigkeit ermöglicht werde. Jede der drei Institutionen will drei Mitglieder in dieses Permanenzcomité entsenden. Wir wünschen nur, daß uns die Genossen ein wahrheitsgetreues schriftliches Material über den Umfang der Arbeitslosigkeit und über die Gründe, die sie herbeigeführt haben, zugehen lassen. Dieses Material soll noch ergänzt werden durch statistische Erhebungen, zu welchem Zwecke wir ihnen statistische Bogen geschickt haben, deren Ausfüllung sie zu besorgen haben. Das ständige Comité wird alle Vorkommnisse, die mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängen, alle Aktionen der anderen Instanzen verfolgen und wird alle Aktionen leiten, die zur Verminderung der Arbeitslosigkeit unternommen werden müssen. Wenn wir uns auch keinen allzu großen Hoffnungen hingeben wollen, so müssen wir doch alles aufmerksam verfolgen, was um uns vorgeht, und müssen uns ein klares Bild der Verhältnisse verschaffen. Was wir zu leisten vermögen, wird mit aller Energie geschehen.

An diesen Bericht knüpfte sich eine längere Debatte, die zugleich mit der Erstattung der Situationsberichte zusammengezogen wurde. In dieser Debatte wurde darüber Klage geführt, daß sich viele Unternehmer die schwere Zeit zunutze machen wollen, um sich über die Verpflichtungen der Tarifverträge hinwegzusetzen. Vielfach haben Unternehmer direkt erklärt, daß während des Krieges die Verträge nicht gelten. Demgegenüber verweisen einzelne Medner allerdings darauf, daß die Unternehmerorganisationen, wo sie angerufen wurden, den Unternehmern ausdrücklich erklärten, daß diese Anschauung falsch sei und daß die Tarifverträge auch jetzt in Kraft seien. Auch darüber wurde Klage geführt, daß manche Unternehmer die Betriebe einstellten, dann aber die Arbeiter wieder zusammenberiefen und ihnen erklärten, wenn sie auf Lohn-

reduktionen eingehen oder auf Zuschläge für Sonntagsarbeit und Ueberstunden verzichten, den Betrieb wieder aufzunehmen. Ein indirekter Zwang werde auf die Arbeiter auch vielfach auf folgende Art ausgeübt: Manche Unternehmer hatten die Arbeiter oder gewisse Arbeitergruppen, die einberufen waren, reklamiert, weil sie sie zur Fertigstellung von dringenden Arbeiten brauchen. Diese sucht man nun einzuschüchtern und Lohnreduktionen bei ihnen durchzusetzen, indem man ihnen droht, wenn sie nicht zustimmen, die Reklamationen zurückziehen, so daß sie wieder einrücken müßten. Auch die Unklarheit des Kriegesleistungsgesetzes wird oft ausgenützt, so indem manche Unternehmer, die Heereslieferungen übernommen haben, sich weigern, den Arbeitern die gebührenden Löhne auszusahlen, und sich darauf verlassen, daß die Arbeiter, wenn sie als Landsturmmänner einberufen werden, die Arbeit bloß gegen die Löhnung leisten müssen. Hier wurde allerdings auch darauf verwiesen, daß man gegen solche Willkürakte wiederholt schon bei den Militärbehörden Schutz gefunden habe.

Schließlich wurde auch die Frage der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung angeschnitten, wobei aber **Hueber** feststellte, daß darüber keine allgemeine Regel aufgestellt werden könne, weil die Verhältnisse bei den einzelnen Gewerkschaften und bei den einzelnen Berufen zu verschiedenartig seien. Man müsse mit den vorhandenen Mitteln rechnen, müsse aber auch an die Zukunft denken und daran, daß man nach dem Kriege die Organisation wieder von neuem aufbauen müsse.

Die Versammlung stimmte dem Beschluß der Gewerkschaftskommission zu, in das ständige Comité gleich der Parteivertretung und den Krankenkassen drei Vertreter zu entsenden.